



MEDIENMITTEILUNG

Autonome Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Armee nicht gefährden

13. März 2020 - Deutlich über eintausend Schweizer Firmen mit tausenden Mitarbeitenden stellen –v.a. als Zulieferer - Güter für die Fertigung von militärischen Systemen her und fallen somit unter die Bezeichnung als Kriegsmaterialproduzenten. Dabei geht es um einen Industriezweig, der die entsprechenden Systeme der Schweizer Armee einsatzbereit halten kann. Die sog. Kriegsgeschäfteinitiative will die Finanzierung dieser Firmen massiv erschweren, was unmittelbar deren Existenz bedroht. Die Schweizer Wirtschaft ist erleichtert, dass sich der Nationalrat gestern mit aller Deutlichkeit gegen dieses Ansinnen ausgesprochen hat. Nur so kann auch künftig autonom die Einsatzbereitschaft der Armee durch die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie sichergestellt werden.

Die Wahrung der Sicherheit in der Schweiz ist für deren Souveränität, für die Wirtschaft und auch bezüglich der neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen von grösster Bedeutung. Es muss also im Interesse des Landes alles getan werden, um die Einsatzbereitschaft der Armee möglichst lange und möglichst autonom sicherzustellen. Die leistungsfähige und hochentwickelte Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie wirkt hier als Garant für diese Anforderung, ist also quasi der «Backbone» der Schweizer Armee.

Die Initianten der Kriegsgeschäfte-Initiative wollen diese Industrie und ihre Zulieferer (v.a. KMU's) brandmarken und deren Finanzierung verbieten. Nicht nur sollen institutionelle Anleger und die SNB nicht mehr in Unternehmungen investieren dürfen, welche 5% ihres Jahresumsatzes aus «Kriegsgeschäften» erwirtschaften, sondern der Bundesrat soll sich international auch dafür einsetzen, dass sowohl Banken wie auch Versicherungen nicht mehr in diese Firmen investieren dürfen. Das Ziel ist demnach klar: Die Initianten wollen diese für die Sicherheit unseres Landes so wichtigen Firmen aus der Schweiz verdrängen oder in den Untergang treiben. Damit nehmen sie bewusst den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen in Kauf.

Die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie ist erleichtert, dass der Nationalrat diese Absicht erkannt und die Initiative deutlich zur Ablehnung empfohlen hat. Ein kurzfristig ins Spiel gebrachter Gegenvorschlag hätte weder etwas an der ursprünglichen Absicht noch an der kaum handhabbaren Durchsetzung einer solchen Regelung geändert. Die Rückweisung des Geschäfts an die vorberatende Kommission zur Erarbeitung des Gegenvorschlages wurde ebenfalls deutlich abgelehnt.

Es ist ratsam, der Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie in der Schweiz Sorge zu tragen und ihr keine unnötigen Hürden in die Wege zu legen. Dabei sind auch die vielen Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben indirekt betroffen. Letztlich betrifft es einen Industriezweig, der in Krisenzeiten die Systeme der Schweizer Armee einsatzbereit halten kann und somit die Sicherheit der Schweiz stützt.

ASUW – Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik

Für Rückfragen:

Matthias Zoller, 079 936 24 70, m.zoller@swissmem.ch